

# **Balkangambit**

## Eine Region im Fadenkreuz der Großmächte

### TRANSKRIPT

#### 5. Folge: EU am Scheideweg

#### **OT Michel**

Enlargement is no longer a dream, its time to move forward.

#### **Host**

Die nächste EU-Erweiterung, sie sei nicht länger ein Traum, so der Präsident des Europäischen Rats, Charles Michel, 2023 in Slowenien.

#### **OT Baerbock**

Und diese Begeisterung für Europa, die Friedens- und Freiheitsunion Europa, teilen auch insbesondere junge Menschen des westlichen Balkans.

#### **Host**

Wirklich? Meinungsumfragen zeigen etwas anderes – nämlich eine zunehmende Skepsis gegenüber der EU, auch und gerade unter jungen Menschen, am stärksten in Serbien, Montenegro und Bosnien und Herzegowina. Und auch, wenn der serbische Präsident Aleksandar Vučić spricht, hört sich Begeisterung irgendwie anders an.

#### **OT Vučić**

Serbia is not very enthusiastic ...

#### **Host**

Serbien sei zwar nicht sehr enthusiastisch, aber es fühle sich weiterhin seinem Weg nach Europa verpflichtet.

#### **OT Vučić**

... because we don't see an alternative to that path.

#### **Host**

Nur, um dann wenige Sätze später hinzuzufügen, ...

#### **OT Vučić**

I'm fed up being lectured ...

#### **Host**

... dass er es leid sei, von anderen immer belehrt und kritisiert zu werden, wenn es um die Beziehungen seines Landes zu Russland und China gehe.

Mein Name ist Dirk Auer. Und das ist die fünfte und die letzte Folge von „Balkangambit“, einem Podcast der Bundeszentrale für politische Bildung. Und in der geht es um die Rolle

der EU. Was kann die überhaupt noch ausrichten angesichts der komplizierten Gemengelage auf dem Balkan? Und warum sollte sie nicht einfach tatenlos zusehen – und die Länder einfach sich selbst überlassen? Die erste Antwort ist simpel.

### **OT Tomanić**

Der Region wurde vor über zwanzig Jahren eine klare Beitrittsperspektive eröffnet.

### **Host**

2003, auf dem EU-Balkan-Gipfel von Thessaloniki, als den immer noch kriegsgebeutelten Ländern eine europäische Zukunft versprochen wurde. Und Versprechen sollte man ja eigentlich halten. Aber: Seitdem ist nicht viel passiert, beklagt Aleksandra Tomanić vom „European Fund for the Balkans“ in Belgrad. Ein Jahr nach dem Gipfel kam noch Slowenien rein. 2007: Bulgarien und Rumänien, 2013 Kroatien. Und dann: niemand mehr.

### **OT Tomanić**

Und als Resultat haben wir eine schwache und arme Region, in der viele geopolitische Akteure unterwegs sind. Mitten irgendwie in der EU, weil diese Region eben von EU-Mitgliedsstaaten umkreist ist.

### **Host**

Aleksandra Tomanić war ziemlich aufgebracht, als ich sie in ihrem Büro in Belgrad traf. Gut eine halbe Stunde lang sprachen wir erst einmal „off the record“, es darf also nicht daraus zitiert werden. Aber was sie dann ins Mikrofon sagte, waren eigentlich auch noch: ziemlich klare Worte!

*(OT Collage) ... unglaublich gefährlich ... bei einer strategischen und auch visionären Schwäche der EU. ... Die EU hat nämlich ihre eigene Glaubwürdigkeit zerstört ... es ist sehr schreckend ... jetzt, wo alles auseinander fällt ... will man hinhören oder will man sich die Realität schönreden? ... Dann kommt halt irgendwann das Erwachen ...*

### **Host**

Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass Aleksandra Tomanić zu dem Schluss kommt:

### **OT Tomanić**

Der Karren ist vor die Wand gefahren. Also, es ist jetzt sehr schwierig, zu sehen, was man machen möchte.

### **Host**

Und das spürt auch die Bevölkerung, bei der die Enttäuschung schon längst in Gleichgültigkeit oder Frustration umgeschlagen ist. Nun könnte man sagen: Enttäuscht, frustriert, okay, das kommt in den besten Beziehungen vor. Aber, und darauf weist Florian Bieber hin:

## **OT Bieber**

Diese fehlende Integrationsdynamik hat hohe Kosten.

## **Host**

Nämlich: eine abnehmende Attraktivität der EU auf dem Balkan einerseits – und gleichzeitig wachsende Sympathien für andere Akteure wie Russland, China, die Türkei oder auch die arabischen Staaten. Was nicht an sich ein Problem ist:

## **OT Bieber**

Jedes Land kann internationale Beziehungen mit vielen Partnern unterhalten, das ist grundsätzlich überhaupt kein Problem.

## **Host**

Zum Problem wird es aber unter anderem insofern, weil ...

## **OT Bieber**

... natürlich viele dieser Regime eben ganz explizit antiwestliche Politik befürworten und eben verhindern oder Anreize geben, dass Länder wie Serbien sich eben nicht in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union annähern.

## **Host**

Was vor allem für Russland gilt, wie wir in der zweiten Folge gesehen haben, aber neuerdings auch für China.

## **OT Bieber**

So haben wir beispielsweise Aussagen des serbischen Präsidenten, der sagt, wie seine Position gegenüber Taiwan und China wäre.

*„Da! Taiwan je Kina!“*

## **Host**

Und nicht nur das. Vučić geht sogar so weit, zu sagen:

## **OT Bieber**

China könne mit Taiwan machen, was es wolle, wann es wolle. Womit klar zum Ausdruck kommt, dass er bei einem militärischem Eingreifen nicht dagegen ist. Man projiziert quasi Kosovo – Serbien auf Taiwan – China.

## **Host**

Auch das chinesische Vorgehen gegen die Demokratiebewegung in Hongkong hat Vučić explizit unterstützt. Und so ist es wirklich keine Übertreibung, wenn man wie Aleksandra Tomanić sagt:

## **OT Tomanić**

Der Karren ist vor die Wand gefahren.

**Host**

Aber:

**OT Bieber**

Das heißt nicht, dass es unweigerlich und unumkehrbar so ist.

Nur wie? Und wie sieht man das alles eigentlich in Brüssel? Hat man dort den Ernst der Lage erkannt? Ich bin in die europäische Hauptstadt gefahren, zur Europäischen Kommission, und frage nach. Pressesprecher Peter Stano ist ein freundlicher Mensch, der sich viel Zeit nimmt. Und das, obwohl ...

*„Es ist etwas hektisch heute, weil, wir haben die Anerkennung von Palästina ...“*

... gerade eine wichtige Nachricht reingekommen ist.

*„Die Slowenien, Iren und die Spanier haben das angekündigt ...“*

Und sobald das offiziell ist, erwartet die Öffentlichkeit natürlich auch eine Stellungnahme von Brüssel.

*„Dann muss ich unterbrechen ...“*

Aber noch ist es nicht soweit, und deshalb ...

*„Möchten Sie etwas Wasser?“*

... geht es in seinem Büro erst einmal um die EU-Erweiterung auf dem Balkan. Und um die Frage, woran es eigentlich liegt, dass dieser Prozess schon so lange stagniert. Etwas salopp gefragt: Wer hat Schuld? Liegt es an den Kandidatenländern, die nicht vom Fleck kommen – oder trägt nicht auch die EU ein Stück weit Verantwortung dafür, wie mir viele meiner Gesprächspartner erzählt haben.

**OT Stano**

Schuldzuweisung ist nicht etwas, das wir benutzen.

**Host**

Stattdessen spricht Stano lieber von geteilter Verantwortung. Dass der Beitrittsprozess schon so lange stagniert, liege an mangelndem Fortschritt auf *beiden* Seiten. Also auf der einen Seite dem ...

**OT Stano**

... Fortschritt auf der Seite von den Kandidatenstaaten, die Kriterien zu erfüllen.

**Host**

Aber auch an Problemen auf der anderen Seite ...

**OT Stano**

... und das heißt, auf der Seite der Mitgliedstaaten der EU.

## **Host**

Fangen wir damit an. Die Frage ist, ob die EU überhaupt bereit ist, neue Länder aufzunehmen.

## **OT Stano**

Und wir wissen, dass wir nicht bereit sind.

## **Host**

Darauf macht vor allem der französische Präsident Emanuel Macron immer wieder aufmerksam. 2018 sagte er bei einer Debatte im Europäischen Parlament zur Zukunft Europas:

- ... (frz.)

Er wolle nicht, dass der Balkan sich der Türkei oder Russland zuwendet.

- ... (frz.)

Aber: Er wolle auch nicht, dass Europa, das schon mit 28 Mitgliedstaaten nur schwer funktioniere ...

- ... (frz.)

... morgen 30 oder 32 Mitglieder habe – und einfach so weitermache, mit den gleichen Regeln. Das „Aber“ bringt das ganze Dilemma zum Ausdruck: Die EU möchte, dass die Balkanländer beitreten. Aber sie möchte eigentlich nicht, dass das allzu schnell passiert. Denn die EU hat ein Problem.

## **OT Stano**

Die Entscheidungen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden immer noch durch Einstimmigkeit gefällt oder gemacht.

## **Host**

Das sogenannte Einstimmigkeitsprinzip, das es auch kleinen Ländern ermöglicht, Mehrheitsentscheidungen zu blockieren. So geschehen 2019, als es um die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nord-Mazedonien ging. Da nutzte ausgerechnet Frankreich selbst die Möglichkeit eines Vetos – mit eben jenem Argument, das Macron dem Europäischen Parlament vorgetragen hatte.

Jahrelang hatte auch Griechenland die weitere EU-Annäherung von Mazedonien blockiert. Jetzt, nachdem der Streit mit viel Mühe beigelegt werden konnte, ist es Bulgarien. Es sind, von außen gesehen, absurde Streitigkeiten unter Nachbarn um Geschichte, Sprache und Identität, was aber immer wieder dazu führt, dass die EU nicht auf einen politischen Nenner kommt – gerade bei der Außen- und Erweiterungspolitik.

## **OT Stano**

Wir brauchen diese Reform der EU ...

## **Host**

... sagt deshalb Peter Stano. Das heißt: ein Aufweichen des Einstimmigkeitsprinzips hin zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen.

## **OT Stano**

Das ist ganz breit anerkannt von den Mitgliedstaaten.

## **Host**

Aber: Eine Lösung ist nicht in Sicht. Wie gut, könnte man deshalb sagen, dass es auch noch ein anderes Problem gibt: den Fortschritt auf der Seite der Kandidatenstaaten, die Kriterien für einen EU-Beitritt zu erfüllen.

## **OT Stano**

Und da, leider, sehen wir nicht sehr viel Fortschritt in vielen Fällen.

## **Host**

So steht es auch in den jährlichen Berichten der Europäischen Kommission, in denen der Fortschritt der Kandidatenländer bewertet wird. Auch wenn die Kritik, wie manche sagen, dort etwas weichgespült wirkt – offenbar, um die Länder irgendwie noch bei der Stange zu halten. Bei bilateralen Treffen führt das regelmäßig zu halsbrecherischen Verrenkungen. Wie etwa von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen,

*„Serbia has already come a long way ...“*

die 2019 Serbien für die großen Fortschritte lobte.

*„It is amazing to see the progress over the last years and the enormous effort.“*

Und wie Honig dürfte es Aleksandar Vučić runtergegangen sein, als ihm ein Jahr zuvor Donald Tusk, damals Präsident des Europäischen Rats, in aller Öffentlichkeit bescheinigte,

(...)

... dass sein Freund Aleksandar Vučić, neben dem er hier stehe,

(...)

... ein wahrhafter Serbe sei, aus Fleisch und Blut.

(...)

Und dass er nicht glaube, dass man überhaupt serbischer sein könne als er.

## **Host**

Warum sagt man so etwas, wenn man doch eigentlich weiß, wie die Dinge stehen? Eine Frage für Peter Stano.

## **OT Sano**

Die Politik ist natürlich auch mit der Diplomatie verbunden.

**Host**

Und da gehe es eben immer auch um Takt und Anstand. Und um eine gewisse Freundlichkeit. Aber:

**OT Stano**

Man kann auf einer Seite sagen, mein lieber Dirk, aber auf der anderen Seite kann ich zu Ihnen sagen, hinter verschlossenen Türen, all die Kritik, die wir haben.

**Host**

Aber: Wäre es nicht auch wichtig, offen Klartext zu reden? Damit auch die Bevölkerung erfährt, was los ist? In den Kreisen der internationalen Balkan-Experten gehört die Kritik der westlichen Politik, besonders gegenüber Serbien und Aleksandar Vučić, schon seit geraumer Zeit zur Tagesordnung. Man spricht von einer „Politik der Stabilokratie“ – ein Wort, das sich aus „Stabilität“ und „Autokratie“ zusammensetzt. Besonders Serbien, so die Annahme, sei wichtig für die Stabilität der Region – und deshalb dürfe man mit Politikern wie Vučić nicht allzu hart umgehen.

**OT Calic**

Es gibt da eine große Angst in Europa, dass, wenn so ein Stabilokrat wie Vučić verschwindet, Chaos, Unordnung und Schlimmeres stattfinden könnte. Ich halte das für falsch.

**Host**

Denn das habe natürlich, sagt die Südosteuropa-Historikerin Marie-Janine Calic, dazu geführt, dass bestimmte politische Verhältnisse immer weiter stabilisiert werden.

**OT Calic**

Vučić hat in den letzten Jahren ein System aufgebaut, das sehr stark jenem von Viktor Orban in Ungarn oder auch Erdoğan in der Türkei ähnelt. Es ist also gar nicht so einfach für die Zivilgesellschaft, dem noch etwas entgegenzusetzen.

**Host**

Und Aleksandra Tomanić betont:

**OT Tomanić**

Dass es gerade nirgendwo, aber vor allen Dingen in dieser Region, keine Stabilität ohne wahre Demokratie geben wird.

**Host**

Dass man aber jahrelang auf Stabilität *statt* Demokratie gesetzt hat:

**OT Tomanić**

Also, da hat die EU, glaube ich, viel verspielt und ist, wie gesagt, aus Naivität, möchte ich glauben, einfach auf ein falsches Spiel hereingefallen.

**Host**

Nach alledem stellt sich die Frage: Bringt das Bemühen des Westens, mit autokratischen Politikern wie Vucic in einer guten Beziehung zu bleiben, denn wenigstens irgendwelche Resultate? Wenn schon nicht in Hinblick auf eine demokratische Entwicklung, dann wenigstens in Hinblick auf eine klarere Ausrichtung Serbiens Richtung Westen? Die Antwort ist, nach dem bisher Gehörten, natürlich: ein klares Nein. Und so haben sich beide Seiten irgendwie arrangiert. Zu einem geflügelten Wort bzw. Satz ist geworden: Die EU tut so, als ob sie sich erweitern wolle – und die die Beitrittskandidaten tun so, als ob sie beitreten wollen.

**OT Tomanić**

Und dann erst mit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat man sich erinnert, da war doch was.

**Host**

Da war doch was mit der EU-Erweiterung! Im März 2022, der Schock über die russische Invasion war noch frisch, besuchte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock den Kosovo, und gestand:

**OT Baerbock**

Der russische Angriff auf die Ukraine war für uns eine Zäsur und ein Weckruf zugleich.

**Host**

Und wer genau hinhörte ...

**OT Baerbock**

Auch in Bezug auf die strategische Bedeutung der Balkanregion.

**Host**

... der verstand, dass nun vor allem sicherheitspolitische Aspekte in das Zentrum der Erweiterungsdebatte gerückt waren. Gut ein Jahr später, auf dem EU-Westbalkangipfel in Tirana, wurde die Ministerin noch deutlicher:

**OT Baerbock**

Der russische Angriffskrieg macht die Erweiterung um den westlichen Balkan zu einer geostrategischen Notwendigkeit.

**Host**

Im Juni 2024 beschließt die EU, mit der Ukraine und Moldawien Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Und da wollte und konnte man auch die Westbalkanländer nicht länger im Regen stehen lassen. Auch mit Albanien und Nord-Mazedonien sollten Verhandlungen beginnen – während Bosnien-Herzegowina den Status eines *Beitrittskandidaten* erhielt.



## **OT Stano**

Also, wir haben ein Momentum, das hoffentlich auch als eine Motivation für die Staaten in dem westlichen Balkan dienen wird, dass man das schaffen kann.

## **Host**

Auch von Politikern und Diplomaten wird versichert: *Jetzt* gebe es wirklich eine neue Entschlossenheit, einen neuen Willen. Entsprechend steigt die Aktivität von Analysten und Denkfabriken, ob in Brüssel, auf dem Balkan oder Berlin. In sogenannten Policy papers wird meist eine schonungslose Analyse gegeben, wenn es um die Verfehlungen in der Vergangenheit geht. Aber was ist zu tun? Bei den Recommendations, den Handlungsempfehlungen, zu finden auf den letzten Seiten, gibt es wieder viel alten Wein in noch nicht einmal neuen Schläuchen:

- Westliche Regierungen sollten mehr in kritische Medien auf dem Balkan investieren.
- Die EU sollte in der Region sichtbarer werden.
- Die EU sollte geschlossener auftreten.
- Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften sollte verbessert, bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden.

Das alles hat man jedoch schon oft gehört.

## **OT Reljić**

Und deswegen ist das, was meistens produziert wird, wirklich nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben ist.

## **Host**

Denn am eigentlichen Thema würden sie fast alle vorbei schreiben, kritisiert Dusan Reljić:

## **OT Reljić**

Sie berücksichtigen nicht die materiellen Verhältnisse, sie gehen sehr selten darauf ein, wie die konkreten Menschen leben.

## **Host**

Dusan Reljić treffe ich ebenfalls in Brüssel. Zehn Jahre war er dort Büroleiter der Stiftung Wissenschaft und Politik.

## **OT Reljić**

Jetzt, wie alle Menschen, die in Brüssel in die Rente gehen, betätige ich mich als Berater.

## **Host**

Und dabei braucht er auf nichts und niemanden mehr Rücksicht zu nehmen.

Entsprechend klar sind seine Worte. Und vor allem seine Schlussfolgerung:

## **OT Reljić**

Dass das Erweiterungsmodell nicht funktioniert.

## **Host**

Und zwar nicht nur, weil etwa der Wille fehlte oder aufgrund anderer Probleme. Sondern strukturell. Warum? Schon jetzt, sagt Reljić, gebe es zwischen der EU und den Ländern des Westbalkans einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Das heißt: Der Handel läuft praktisch ohne irgendwelche Beschränkungen ab.

## **OT Reljić**

Das führt zu großen Handelsdefiziten für die Westbalkanländer, weil eben der Markt offen ist.

## **Host**

Und der entscheidende Punkt: Für ihre Wettbewerbsnachteile erhalten die wirtschaftlich schwächeren *EU-Mitglieder* eine Kompensation: durch die sogenannten Kohäsions- und Strukturfonds der EU. Nicht aber die Westbalkanländer. Was zur Folge hat, ...

## **OT Reljić**

... dass die Distanz zwischen den Einkommen und der Kaufkraft in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, die nicht der EU beigetreten sind und dem EU-Durchschnitt nicht geringer werden. In einer wissenschaftlichen Sprache ausgesprochen: Es findet keine Konvergenz statt, sondern die Unterschiede werden immer größer.

## **Host**

Nach einer jüngsten Berechnung der Weltbank könnten die Westbalkanländer, wenn es gut läuft, in etwa fünfzig Jahren den Durchschnitt der EU erreichen – also nicht mehr im Leben der meisten Menschen, die jetzt auf der Welt sind.

## **OT Reljić**

Menschen sind ökonomisch nicht naiv. Sie verstehen, dass sie in einer relativen Armut, verglichen mit der EU, weiterleben werden müssen. So entscheiden sie sich. Und besonders die jüngeren Menschen entscheiden sich, auszuwandern.

## **Host**

Im letzten Jahr von der Pandemie haben etwa 250.000 Menschen aus den Westbalkanländern zum ersten Mal eine Aufenthaltserlaubnis in der EU bekommen. 250.000 Erstanträge! In einem Jahr! In einer Region mit insgesamt, großzügig geschätzt, 18 Millionen Einwohnern. Und der Exodus hält an.

## **OT Reljić**

Immer weniger Menschen leben dort.

**Host**

Die Folge: überalterte Gesellschaften, Arbeitskräftemangel, eine nachlassende Wirtschaftskraft. Und es kommt noch dicker.

**OT Reljić**

In der EU, auch in Berlin, ist die Vorstellung vorhanden, dass die EU quasi milde Gaben an diese Länder schickt in Form von Beitrittshilfen vor dem Beitritt und solchen eigentlich sehr eingeschränkten Transfers.

**Host**

Aber weit gefehlt, sagt Reljić.

**OT Reljić**

Im Grunde sind die Finanzströme, die aus den sogenannten Kandidatenländern in die EU kommen, viel größer als umgekehrt, besonders im Bereich menschliches Kapital.

**Host**

Besonders deutlich wird dies bei der Emigration von Ärzten und Pflegepersonal. Ausgebildet wurden sie in ihren Herkunftsländern. Arbeiten und Steuern zahlen tun sie in Deutschland. Das heißt:

**OT Reljić**

Die eigentliche Struktur der Beziehungen, die entstanden sind in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren, machen diese Länder im Grunde ärmer und entfernen sie von der EU.

*Reporterfrage: Wenn normalerweise eher demokratische Defizite betont werden und Sie legen den Fokus auf die sozioökonomischen Verhältnisse, sind das getrennte Bereiche oder bedingt aus Ihrer Sicht sozusagen das eine das andere?*

**OT Reljić**

Eine Gesellschaft, in der Menschen im Prekariat leben, das heißt, nicht wissen, wie sie ihre Kinder erziehen werden können und wie sie buchstäblich die materiellen Sachen bewältigen – in solchen Verhältnissen ist es nicht einfach, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

**Host**

Es fehle einfach die kritische Masse, sagt Reljić, die sich in den Ländern für Demokratie einsetzen könnte. Und zwar deshalb:

**OT Reljić**

Weil die Menschen zu arm sind, um tatsächlich darüber sich Gedanken anzustellen, wie man das System ändern könnte.

**Host**

Das ist der eigentliche Grund.

**OT Reljic**

Es fehlt die Mittelschicht.

**Host**

Die ist zwar keine Garantie dafür, dass es Demokratie gibt, sagt Reljić, ...

**OT Reljić**

... aber ohne Mittelschicht gibt es keine Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. So ist es.

**Host**

Die EU hat, so scheint es, darauf reagiert. Im November vergangenen Jahres kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine neue Initiative für die Länder des Westbalkans an.

*„It is a new growth plan for the Western Balkans.“*

Ein Wachstumsplan im Wert von sechs Milliarden Euro. Mit einer Laufzeit bis 2027. Das erklärte Ziel: Durch Investitionen die Volkswirtschaften der Balkanländer stärken, um so das Wohlstandsgefälle zu den EU-Mitgliedstaaten zu verringern.

*„... to bring some of the benefits of EU membership to the people of Western Balkans already today.“*

Der Wachstumsplan, so von der Leyen weiter, habe das Potenzial, die Größe der Volkswirtschaften der westlichen Balkanländer in den nächsten zehn Jahren zu verdoppeln.

*„This is a new approach to the European Union.“*

Ein ganz neuer Ansatz sei das.

- *„We do not only ask our partners to take a big step towards us. We also take a big step towards them.“*

Und zusammen mit entsprechenden Reformen *in* den Ländern, so die Hoffnung, würde dies schließlich zu einer Beschleunigung des Erweiterungsprozesses führen:

*„Our shared goal is to speed up their journey towards the EU.“*

Also alles gut? Mitnichten.

**OT Reljić**

Much ado about nothing,

**Host**

... wendet Dušan Reljić ein.

**OT Reljić**

Wie kann man diesen Shakespeare auf Deutsch übersetzen? Viel Lärm um nichts!

**Host**

Denn: Der Betrag, der nun in die Hand genommen wurde, sei noch viel zu gering. Sechs Milliarden, von denen vier sowieso nur Kredite sind, das mache gerade einmal 0,2 bis 0,3 Prozent des Bruttosozialproduktes der Region aus.

**OT Reljić**

Damit erreichen Sie kein Wachstum.

**Host**

Im Vergleich: Was die EU-Mitglieder Südosteuropas, also Ungarn, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland an Wirtschaftshilfe bekommen, das macht durchschnittlich etwa zwei bis drei Prozent ihres Bruttosozialprodukts aus, also gut zehn Mal so viel.

**OT Reljić**

Damit können Sie Wachstum anspornen.

**Host**

Das bedeutet also, das eigentlich noch viel grundlegendere Investitionen zu machen wären. Viele weitere Milliarden müssten in die Hand genommen werden, um ein spürbares Wachstum zu erzeugen.

**OT Reljić**

Jedes Mal, wenn man sagt, Milliarde, hört sich das sehr, sehr viel an.

**Host**

Aber tatsächlich würde das die EU eigentlich nur sehr wenig Geld kosten.

**OT Reljić**

Es gibt Untersuchungen der Universität Ljubljana, wonach, wenn die EU die Westbalkanländer so behandeln würde wie die umgebenden EU-Ländern, das würde den Steuerzahler in der EU zwischen 0,1 Euro und 10 Euro jährlich kosten.

**Host**

Und das, betont Reljić noch einmal, brauche gar nicht als Almosen verstanden werden.

**OT Reljić**

Der Steuerzahler in der EU bekommt viel Geld aus dem Handel mit der Region und bekommt Menschen mit guter Ausbildung aus der Region.

**Host**

Also: Noch immer zu wenig. Aber: Hat die EU trotzdem etwas gelernt? Bekommt der Balkan nach jahrelanger Vernachlässigung zumindest wieder mehr Aufmerksamkeit, und das nicht nur als Absichtserklärung? Der Takt der EU-Balkangipfel ist immerhin enger

geworden. Und auch der Ton gegenüber autokratischen Führern wie Aleksandar Vučić hat sich teilweise geändert.

**OT Bieber**

Ich würde sagen, es gibt mehr kritische Stimmen heute, als es sie vor dem russischen Angriffskrieg gab.

**Host**

Was insbesondere nach den serbischen Parlamentswahlen Ende 2023 deutlich wurde. Internationale Beobachter hatten zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt; manche sprachen sogar von offensichtlichem Wahlbetrug. Und das deutsche Auswärtige Amt beklagte auf der Plattform X die Einschüchterung von Wählern und Fälle von Stimmenkauf. Für ein Land mit EU-Kandidatenstatus sei das inakzeptabel. Also immerhin: endlich einmal eine klare Ansage. Und auch noch aus Deutschland. Aber:

**OT Bieber**

Das war fast die einzige Stimme aus der Europäischen Union.

**Host**

Es gab zum Beispiel keine klare Aussage von der Europäischen Kommission in Brüssel. Und:

**OT Bieber**

Es gab keine klare Aussage Frankreichs oder von anderen Mitgliedstaaten.

**Host**

Im Gegenteil: Ein gutes halbes Jahr später reiste Emmanuel Macron nach Belgrad, um einen milliardenschweren Rüstungsdeal abzuschließen. Kurzum: An der grundsätzlichen Bereitschaft, Autokraten wie den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić zumindest zu tolerieren, hat sich, zumindest europaweit, eigentlich nicht viel geändert.

**OT Bieber**

Und nicht nur zu tolerieren, sondern auch eben offen zu hofieren in einer Art und Weise, die eigentlich in Anbetracht der Rechtsstaatlichkeit, also des schlechten Zustandes der Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit und des Demokratiedefizits im Lande eigentlich ein denkbar schlechtes Signal ist.

**Host**

Also, was tun? Noch mehr Druck, klarere Worte. Doch auch da ist es bislang bei Ankündigungen geblieben. Als nach den vergangenen Wahlen in Belgrad die Menschen auf die Straße gingen, um gegen Wahlfälschungen zu protestieren, kam, wie gesagt, aus Brüssel nur Schweigen.

### **OT Bieber**

Das wäre eigentlich eine gute Gelegenheit gewesen, wo die Europäische Delegation beispielsweise ihren Vertreter auf die Demonstration hätte schicken können, hätte Solidaritätsbekundungen ausschicken können, hätte sagen können, dass die Forderungen der Demonstranten eigentlich auch jene sind, die die Europäische Union an Serbien stellt.

### **Host**

Die Bevölkerung, sagt Aleksandra Tomanić:

### **OT Tomanić**

Sie hat bewiesen, dass sie hier mehr für EU-Werte einsteht als viele hochrangige EU-Vertreter.

### **Host**

Und trotzdem ist etwas bemerkenswert: In all den Jahren, in denen in Serbien die Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf die Straße gingen, war mir, wenn immer ich dabei war, etwas aufgefallen, worauf auch Florian Bieber hinweist.

### **OT Bieber**

In Serbien bei den Protesten hat kein Mensch eine EU-Fahne.

### **Host**

Und das nicht etwa, weil die meisten Protestierenden irgendwelche Nationalisten wären.

### **OT Bieber**

Sondern deshalb, weil sie nicht das Gefühl haben, dass die EU auf ihrer Seite ist. Das heißt, die EU-Fahne ist nicht mehr für sie ein Symbol für mehr Demokratie, sondern eher ein Symbol für die Unterstützung von Vučić.

### **Host**

Wie also kann die EU wieder zu dem strahlenden Stern am Westbalkan-Himmel werden, der sie vor zehn, zwanzig Jahren einmal war? Anders gefragt:

### **OT Bieber**

Wie kann die EU wieder ein Symbol für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie werden, so wie es in Georgien ist, wo es Menschen motiviert, auch auf die Straßen zu gehen, anstatt dass man das Gefühl hat, die EU steht im Zweifelsfall eher auf der Seite jener, die an der Macht sind?

### **Host**

Sicherlich nicht so:

*Atmo*

Im Sommer 2024 kam es in Belgrad erneut zu Massenprotesten.

*Atmo*

Zehntausende Bürgerinnen und Bürger waren auf der Straße. Und gegen wen richtete sich der Zorn diesmal, zumindest teilweise? Gegen die EU! Und Deutschland.

*Atmo*

Kurz zuvor war Bundeskanzler Olaf Scholz nach Belgrad gekommen, zusammen mit hohen EU-Repräsentanten und Managern der deutschen Autoindustrie.

**OT Scholz**

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, heute in Belgrad zu sein, erneut. Und, wie ich finde, zu einem sehr freudigen und guten Anlass.

**Host**

Was den Kanzler so erfreute, war die Unterzeichnung eines sogenannten „Memorandum of Understanding“ zum Abbau von Lithium im westserbischen Jadartal. Die deutsche Kritik an den gefälschten Wahlen? Alles vergessen, Schwamm drüber. Denn die EU setzt auf den weiteren Ausbau der E-Mobilität.

**OT Scholz**

Und wie jeder weiß, wird sie nur funktionieren mit Lithium, das wir einsetzen müssen, insbesondere, wenn es um die Batterien geht.

**Host**

Aber es gibt ein Problem: Ein Großteil des weltweiten Lithium-Abbaus wird bislang von China kontrolliert.

**OT Scholz**

Wir müssen unsere Abhängigkeiten verringern. Und das bedeutet, dass wir neue Rohstoffquellen erschließen müssen.

**Host**

Und Serbien? Hat das Glück, auf eines der größten Lithiumvorkommen in Europa zu sitzen und hofft auf sprudelnde Staatseinnahmen und Arbeitsplätze.

**OT Scholz**

Es ist – das will ich gern dazu sagen – ein wichtiges europäisches Projekt.

**Host**

Also alles prima?

**OT Tomanić**

Dieser Besuch war aus dem Hut gezaubert.

**Host**

Schon unter demokratischen Gesichtspunkten war der Besuch hochproblematisch. Erst drei Tage zuvor hatte Vučić die serbische Öffentlichkeit informiert, dass das eigentlich schon abgesagte Projekt wieder aufgenommen werden soll.



**OT Bieber**

Es gab keine öffentliche Aussprache, es gab keine Diskussion in Serbien dazu.

**Host**

Und dann war auch schon alles unterschrieben.

**OT Tomanić**

Diese Schnelligkeit und diese Eile, dass es alles so schnell über die Bühne gehen musste ...

**OT Bieber**

Und das zeigt eigentlich, dass man versuchte, wirklich mit aller kürzester Zeit die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen.

**Host**

Und das Schlimme sei:

**OT Bieber**

Die Europäische Union und die deutsche Regierung haben mitgemacht.

**Host**

Aber es gibt auch noch weitere Probleme:

**OT Bieber**

Es gibt viel Kritik an der Umweltverträglichkeit dieses Vorhabens.

**Host**

So ganz ökologisch geht es beim Lithium-Abbau nie zu. Aber sowohl Vučić als auch die EU und Deutschland versprechen: In Serbien soll der Abbau möglichst nachhaltig und umweltschonend betrieben werden, nach allerhöchsten EU-Standards. Doch:

**OT Bieber**

Gerade das Versprechen, dass europäische Standards eingehalten würden, lässt sich kaum umsetzen.

**Host**

Warum?

**OT Bieber**

Erstens, in Serbien sind europäische Standards nicht gesetzt.

**Host**

Wie sollen die also umgesetzt werden?

**OT Bieber**

Es gibt keinen Plan, wie die gesetzt werden können in den Erklärungen der verschiedenen Parteien.

**Host**

Und selbst, wenn es diese Standards geben würden: Wie und vor allem durch *wen* könnten sie umgesetzt werden? Schon bei den chinesischen Investitionen in Smederevo oder Bor hatte sich gezeigt, dass die serbischen Institutionen regelmäßig wegschauen, selbst dann, wenn es um die Einhaltung serbischer Gesetze und Standards geht. Und eine kritische Medienöffentlichkeit, die das thematisieren könnte, gibt es nicht.

**OT Bieber**

Und die Europäische Union, selbst wenn sie verspricht, dass sie da genauer hinschauen wird, weiß ich auch nicht, wie sie das tun wird.

**Host**

Wie sollte sie das auch tun?

**OT Bieber**

Sie hat nicht die Instrumente, nicht die Beobachter, nicht die Institutionen, um jetzt vor Ort ein derartiges Projekt zu überwachen. Das heißt, sie wird sich auf die serbischen Institutionen verlassen müssen zu einem Großteil.

**Host**

Und denen zu vertrauen, sei nun wirklich naiv, sagt Aleksandra Tomanić.

**OT Tomanić**

So zu tun, als wäre Serbien ein funktionierender Rechtsstaat, wo die international bestätigten Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen keine sechs Monate zurücklagen.

**Host**

Aber: Ist es nicht wenigstens besser, dass die EU hier ihre Hand drauf hat? Denn realistisch betrachtet lautet die Frage ja nicht: Kommt das Projekt oder kommt es nicht? Sondern machen es die Europäer oder die Chinesen? Und nach den bisherigen Erfahrungen – siehe Folge 3 dieses Podcasts – können doch begründete Zweifel angemeldet werden, ob Demokratie und Umwelt besser gedient worden wäre, wären die Chinesen zum Zug gekommen.

**OT Tomanić**

Ich glaube, der serbischen Bevölkerung ist es komplett egal, wer ihr Grundwasser verseucht, ihre Luft verpestet und am Ende für Krankheiten verantwortlich ist. Es geht um die serbischen Institutionen, die nicht vorhanden sind.

**Host**

Entsprechend groß ist die Enttäuschung über die EU bei den Umweltaktivisten, aber auch bei Oppositionspolitikern, das heißt, Menschen mit einer im Prinzip pro-europäischen und pro-westlichen Einstellung.

**OT Tomanić**

Weil, von den russischen und chinesischen Investitionen, das kennt man nicht anders, das ist eben so. Aber dass die EU jetzt genau in dieses gleiche Boot steigt, also, das ist wirklich unfassbar.

**Host**

Ein Schlag ins Gesicht also – nicht nur für die serbische Umweltbewegung, sondern insgesamt für den EU-Beitrittsprozess.

**OT Bieber**

Es signalisiert der Region, dass für die EU zurzeit wirtschaftliche Interessen wichtiger sind als Werte. Das heißt, man findet jetzt sehr starke Argumente, die sagen, wir sind eigentlich nur eine Kolonie, wir werden ausgebeutet. Und dass damit jene, die sich für einen EU-Beitritt aussprechen in dem Land, einen sehr viel schwierigeren Stand haben.

**Host**

Und was ist mit dem Argument, oder sagen wir eher, der Hoffnung, dass durch den Deal wenigstens die serbische Politik wieder ein bisschen mehr Richtung EU gezogen wird – weg von China, weg von Russland? Gar nichts, sagt Florian Bieber.

**OT Bieber**

Das ist ein Geschäft, nichts weiter.

**Host**

Dass Serbien sich durch den Lithium-Deal künftig wieder mehr der EU annähert in außenpolitischen Fragen, im Hinblick auf Russland beispielsweise, das ist tatsächlich kaum glaubwürdig.

**OT Bieber**

Warum sollte es das tun? Der Druck bzw. der Hebel ist eigentlich länger für Serbien als für die Europäische Union. Denn es ist die Union, die das Lithium braucht, nicht Serbien.

**Host**

Es wird schwer, am Ende noch einen optimistischen Ausblick hinzubekommen. Durch das Lithium-Abkommen hat sich die EU geradezu abhängig von Serbien gemacht, was Vučić die Möglichkeit bietet, seinen außenpolitischen Schaukelkurs noch weiter zu perfektionieren. Also noch einmal: Was tun?

## **OT Tomanić**

Also, ich denke, man müsste einfach wirklich klar sehen: Will man diese Region haben, ja oder nein? Und dann einfach dementsprechend auch handeln.

## **Host**

Nur wie? Mit autokratischen Politikern wie Aleksandar Vučić dürfte es wohl kaum zu einem EU-Beitritt kommen. Weshalb:

## **OT Tomanić**

Falls es nicht schon zu spät ist, dann denke ich, wäre ein bürgerorientierter Ansatz das einzig langfristig nachhaltige.

## **Host**

Das ist nicht leichter geworden, besonders nicht nach dem Lithium-Deal. Die EU wird viel tun müssen, um ihr ramponiertes Image auf dem Balkan wieder aufzupolieren.

*„Da treba, tako rečeno, pozitivna promocija ...“*

Nötig sei eine wirklich positive Kampagne, sagt Vuk Vuksanović vom Belgrade Centre for Security Policy ...

*„... koja će pokazuje prednosti evropskog modela naspramo od drugog modela.“*

... eine Kampagne, die die tatsächlichen Vorteile des europäischen Modells zum Beispiel gegenüber den chinesischen Investitionen hervorhebt. Das heißt:

## **OT Bieber**

Klarer zu kommunizieren, auch zur Bevölkerung dieser Staaten, dass möglicherweise viele dieser Verträge letztlich der Bevölkerung mehr schaden.

## **Host**

Denn die chinesischen Gelder, betont Florian Bieber, seien ja schließlich keine Spenden, sondern Kredite, die an Bedingungen geknüpft sind, die schnell zu Problemen führen können – siehe den Autobahnbau in Montenegro.

## **OT Bieber**

Das heißt, wenn man sich die reinen Kosten-Nutzen-Rechnungen anschaut, dann sind die chinesischen Gelder oftmals weitaus kostspieliger, auch wenn sie schneller kommen als die Gelder aus der Europäischen Union.

## **Host**

Und schließlich, und das mag vielleicht überraschend sein am Ende eines Podcasts, in dem es um den Einfluss externer Akteure auf dem Balkan geht, schließlich sollte man vielleicht auch nicht übertreiben mit den ständigen Warnungen vor einem wachsenden russischen, chinesischen oder auch türkischem Einfluss.

*„Sometimes this focus on the geopolitical tensions ...“*

Denn: Der ständige Fokus auf die geopolitischen Spannungen, so sagt Tena Prelec von der Universität Rijeka ...

*„... is actually playing in the hands of some leaders of the Balkans to a certain extent.“*

... spiele ja in gewisser Weise den Balkanpolitikern in die Hände.

*„Because by presenting themselves ...“*

Denn nur so könnten sich als ein Stabilitätsfaktor zwischen dem Westen und den anderen Spielern in ihren Ländern präsentieren.

*„You actually end up empowering these catch-all leaders.“*

Und damit ihre Macht festigen.

Anstatt das Spiel weiter mitzuspielen, gehe es also eher darum, aus dem Spiel auszusteigen. Also, nicht immer weitere Zugeständnisse machen in der Hoffnung, Politiker wie Aleksandar Vučić auf die eigene Seite zu ziehen. Denn am Ende des Tages dürfte allen Balkanländern klar sein, und darauf weist auch Marie-Janine Calic hin:

#### **OT Calic**

... dass sie ohne die Europäische Union und auch ohne die Amerikaner letztlich nie auf den grünen Zweig kommen.

#### **Host**

Siebzig Prozent des Handels der Westbalkanländer vollzieht sich nach wie vor mit der EU, genauso hoch ist der Anteil der Investitionen, die von dort kommen. Das heißt: Auch wenn der Einfluss der EU abgenommen hat, hält sie doch immer noch die beste Position im Balkangambit. Selbst gegenüber Serbien.

#### **OT Calic**

Also, wenn da jemand versuchen würde, Serbien vor die Wahl zu stellen, würde es immer zugunsten der Europäischen Union ausgehen. Da aber der Beitritt, wie wir alle wissen, nicht unmittelbar bevorsteht und wahrscheinlich viele Jahre nicht vollzogen werden kann, ist es aus serbischer Sicht ganz rational, da mit verschiedenen Akteuren zu spielen beziehungsweise da die Vorteile zu suchen, wo es sie eben auch bekommen kann.

#### **Host**

Das Schlusswort hat Vuk Vuksanović:

*„Ako Evropa nije u stanju da bude efektivan igrač u svom sopstvenom dvorištu ...“*

Wenn Europa schon nicht in der Lage sei, sagt er, ein effektiver Akteur wenigstens in seinem eigenen Hinterhof zu sein ...

*„... onda se zaista postavlja pitanje kakve su sposobnosti Evrope ...“*

... dann stelle sich wirklich die Frage nach den Fähigkeiten Europas insgesamt ...

*„Kakva je uloga uopšte Evrope u 21.veku ...“*

... nach der Rolle Europas überhaupt im 21. Jahrhundert.

*„Kako će Evropa da bude akter u takvom 21.veku ...“*

Denn wie wolle Europa ein Akteur sein in einem Zeitalter, in dem sich die globalen Kräfteverhältnisse dramatisch ändern, wenn es noch nicht einmal ein der Lage ist, mit den Herausforderungen auf seinem eigenen Territorium effektiv umzugehen?

Das war die letzte Folge von „Balkangambit“, eine fünfteilige Podcastserie der Bundeszentrale für politische Bildung. Mein Name ist Dirk Auer, ich habe den Podcast geschrieben und produziert. Postproduktion und Sounddesign: Titus Maderlechner. Das Cover-Design stammt von Ira Payer. Die Redaktion und Projektleitung hatte Katarina Berg von der Projektgruppe Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Vielen Dank fürs Zuhören.

Interviewpartner/-innen

Aleksandra Tomanić, European Fund for the Balkans, Belgrad

Florian Bieber, Professor für Südosteuropäische Geschichte und Politik, Universität Graz

Peter Stano, EU-Pressesprecher, Brüssel

Dušan Reljić, Berater, Brüssel

Tena Prelec, Politikwissenschaftlerin, Universität Rijeka

Marie-Janine Calic, Professorin für Südosteuropäische Geschichte, Universität München